Bulletin des Österreichischen Friedensrates
Nr. 246, November 2023
stimmen zur zeit

Österreichischer Friedensrat, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG
P.b.b. MZ 20Z041963M

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5/ 2023

KONFLIKT IM NAHEN OSTEN

„Mich empört, dass in Deutschland viele überhaupt kein Mitgefühl für die zivilen Opfer im Gazastreifen haben."

Lutherische Pfarrer Mitri Raheb, Bethlehem

„Die Deutschen glauben wirklich, sich von ihrer Schuld entledigen zu können, indem sie Israel bei Brüchen internationalen Rechts – im speziellen bei Menschenrechtsverletzungen – unterstützen. Sie missbrauchen die Palästineser für einen schmutzigen Ablasshandel."

Shelly Steinberg, jüdisch-palästinensische Dialoggruppe München

Friedensaktivistin Vivian Silver (74) wurde beim Angriff der Hamas ermordet. Sie organisierte Hilfsprogramme für den Gazastreifen und ist Mitbegründerin einer Initiative von Jüdinnen, Musliminnen und Christinnen für Frieden.

ORF News.at 14.11.2023

„Gaza steht vor einem verheerenden Erdbeben aufgrund der Intensität der Explosionen, die Städte, Stadtteile, Dörfer, Lager und Häuser zerstören. Alles in Gaza ist ein Ziel. Es gibt keinen Sinn für das Leben oder ein Leben in solchem,Terror und Hass."

Mohammed Al-Hawajri, Künstler aus Gaza

„Angriffe auf Spitäler sind völlig inakzeptabel. Krankenhäuser müssen um jeden Preis geschützt werden."

UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk

zum Nahostkonflikt: „… darüber nachzudenken, wie die Republik Österreich ihre Neutralität jenseits von bloßen Lippenbekenntnissen in den Dienst einer aktiven Friedensdiplomatie stellen kann."

Kath. Sozialakademie

„Es ist fortlaufend zu Enteignungen durch Israel gekommen, zu einem Verdrängungsprozess. Von ihm betroffen war die Mehrzahl der Bewohner Palästinas. Ich halte, mit Blick auf die aktuelle Situation, den Begriff Apartheid für angemessen."

Nancy Fraser, Feministin und Philosophin, Manifest „Philosophy for Palestine"

„Ich fordere die Welt dazu auf, im israelisch-palästinensischen Krieg nur eine Seite zu vertreten – die des Friedens. Krieg löst kein Problem, er sät nur Tod und Zerstörung, steigert den Hass und vervielfacht die Rache. Krieg löscht die Zukunft aus."

Papst Franziskus

IN DIESER AUSGABE

Martina Schloffer über Menschlichkeit >>> Seite 3 - 4

Klaus Heidergger zu Greta Thunberg >>> Seite 5 - 6

Mitri Raheb zum Nahostkonflikt >>> Seite 7 - 8

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem blutigen Angriff von Hamas auf Israel am 7.11.2023 und der völkerrechtlich unverhältnismäßigen Kriegsantwort Israels gegen Gaza mit Totalblockade sind die jahrzehntelangen Versäumnisse für Frieden und Gerechtigkeit im **Nahen Osten** wieder auf brutale Weise zu Tage getreten. Der eigenartig einseitigen Parteinahme für Israel durch Österreich möchte betrifft frieden mit Stimmen der Aufklärung und Vernunft entgegentreten.

Am 1.1.2024 wird vom Bundesheer ein weiteres Element für Innere Sicherheit – die **Reaktionsmiliz** – etabliert. Die nur im Inland eingesetzte Miliz (dzt. 2 Jägerkompanien, 1 Aufklärungszug) deckt Rettungs- und Katastrophendienst, sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz (bis zur „Demo- und Aufstandsbekämpfung"), Grenzschutz, Schutz kritischer Infrastruktur und Gefechtsdienst ab. Die Milizmitglieder verpflichten sich bei einer 24/7-Bereitschaft innerhalb von 48-72 Stunden beim Verband zu sein, wofür sie 6.000 Euro steuerfreie Prämie im Jahr erhalten. Arbeitgeber müssen den Einsatz vertraglich garantieren.

Vor kurzem wurden die militärischen Mittel des Bundesheeres zum **„Skyshield-Projekt"** mit dem Kauf von Langstrecken-Abwehrraketen erweitert. Dies bedeutet eine weitere Vorleistung zu einem möglichen NATO-Beitritt Österreichs. Die neutralitätsbedenkliche Beteiligung am Raketenschirm mit 19 europäischen Staaten wird ohne Österreichs Einbindung in eine Einsatzzentrale für die Koordinierung aller Aufklärungs- und Einsatzmittel nicht möglich und sinnvoll sein, gegenseitiger Schutz und Verlegung mobiler Einheiten zwischen den Staaten mit eingeschlossen.

Der deutsche Rüstungskonzern **Rheinmetall** musste seine Rüstungsprojekte (u.a. ein Gefechtsstand) mit Russland auf Weisung der deutschen Regierung abbrechen. Nun klagt er beim deutschen Staat entgangene Erträge und Gewinne ein. Dazu Vorstandvorsitzender Armin Papperger: „Ich muss die Interessen meiner Aktionäre schützen". Rüstung ist und bleibt ein schmutziges Geschäft.

Manfred Sauer
Redaktion

betrifft frieden wünscht allen Mitgliedern und Abonnenten besinnliche Feiertage und alles Gute für 2024 mit mehr Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt.
Bitte ermöglichen Sie uns 2024 durch ihre finanzielle Unterstützung ein Weiterbestehen unserer Friedenszeitung.

25. 10. 2023 Bundesheerschau - Tag der Schulen

links: Klassen und Kindergartengruppen treffen ein
oben: „Kindersoldaten" des Mililtärrealgymnasiums Wiener Neustadt

Foto: archiv betrifft Frieden

KOMMENTAR

LETZTER STROHHALM MENSCHLICHKEIT

MARTINA SCHLOFFER

Es gab und gibt immer irgendwo in der Welt bewaffnete Konflikte, Kriege. Doch was den Menschen an Kriegsnachrichten in den vergangenen beiden Jahren und noch intensiver seit Oktober 2023 jeden Tag über die Medien ins Haus geliefert wird, haben wir lange nicht gesehen. Viele sind berührt und aufgerüttelt wie lange nicht.

Insbesondere seit dem Aufflammen des Konflikts in Israel und den besetzen Gebieten hört man auch in der öffentlichen Diskussion wieder davon, dass auch im Krieg Regeln einzuhalten sind. Was geht in einem bewaffneten Konflikt, was nicht? Zivilpersonen müssen geschont werden, dürfen nicht in den Konflikt gezogen werden; medizinisches Personal muss arbeiten können; Spitäler, zivile Infrastruktur darf nicht angegriffen werden; nicht oder nicht mehr am Konflikt Beteiligte sollen möglichst wenig Auswirkung eines bewaffneten Konflikts spüren.

Im Humanitären Völkerrecht haben sich Staaten auf diese und noch viel mehr Regeln geeinigt. Sie halten damit auch in schlimmsten Situationen, im bewaffneten Konflikt, ein Mindestmaß an Menschlichkeit hoch. Aufgrund dieses international gültigen Rechts existieren auch das Rote Kreuz und der Rote Halbmond, und viele unserer Aufgaben drehen sich in und um bewaffnete Konflikte:

• Erste Hilfe und medizinische Versorgung in Konfliktgebieten aufrecht zu erhalten, und zwar für alle, die sie brauchen, keinen Unterschied machend welcher Gruppierung, Hautfarbe, Religion oder Konfliktpartei die kranke oder verletzte Person angehört.

• Ein Mindestmaß an menschlicher Behandlung für im Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt gefangengehaltene Menschen sicherstellen, indem wir sie besuchen, registrieren, ihnen den Kontakt zu ihren Nächsten ermöglichen und diese Besuche immer wieder wiederholen, oft als einzige Besucher, die diese Gefangenen überhaupt sehen.

• Sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung das Notwendigste bekommt, Nahrung, Wasser, Strom; ein halbwegs normales Leben in den schwierigsten Umständen. Auch hier geht es wieder darum, allen zu helfen, nach dem Maß ihrer Not, egal wo in einem Konfliktgebiet sie sich aufhalten.

Hilfslieferung in abgelegene Siedlung im Konfliktgebiet Ukraine *Foto: ÖRK/ICRC/Yevgen Nosenko*

KOMMENTAR

Um Aufgaben wie diese so gut wie möglich erfüllen zu können, brauchen wir vor allem eines: den Zugang zu den Menschen, die Hilfe brauchen. Weltweit. Egal in welchem Konflikt. Egal auf welcher Seite eines Konfliktes. Solchen Zugang kann man nicht erzwingen, man kann ihn nur verhandeln, indem man die Konfliktparteien von der Wichtigkeit dieser menschlichen Mindeststandards überzeugt. Das tun meine Kolleginnen und Kollegen weltweit jeden Tag: immer wieder den Dialog mit den Konfliktparteien suchen, reden, überzeugen.

Damit Kämpfende auf allen Seiten uns erlauben, ihre Gefangenen zu besuchen, damit sie uns erlauben LKWs mit Hilfsgütern in von ihnen kontrollierte Gebiete fahren zu lassen, dafür müssen sie darauf vertrauen, dass wir uns neutral verhalten.

In den vergangenen beiden Jahren wurden wir oft von verschiedensten Seiten aufgefordert, doch Stellung zu beziehen für X, die Handlungen von Y doch öffentlich zu verurteilen oder keinesfalls mit Z zu sprechen. Gerade in den so polarisierenden Konflikten, mit denen wir es zur Zeit zu tun haben, gibt es wenig Verständnis für jene, die sich nicht lauthals auf eine Seite schlagen.

Doch solche Handlungen würden verhindern, dass wir die Menschen erreichen, die uns am meisten brauchen. Denn sofort wäre einen oder mehrere Seiten eines Konfliktgebietes nicht mehr für uns zugänglich und wir könnten für diejenigen, die dort leiden, gar nichts tun.

Ich bin jeden Tag aufs Neue schockiert von den Geschehnissen in den Konfliktgebieten dieser Welt, und zerbreche mir den Kopf, um zu verstehen, warum Menschen das tun, warum sie sich nicht an einen Tisch setzen und eine Lösung ausdiskutieren können. Denn das braucht es: Politische Lösungen. Gespräch!

Bis es aber hoffentlich auch dazu irgendwann kommt, kann ich nur so gut es geht daran mitarbeiten, dass auch in bewaffneten Konflikten die Menschlichkeit nicht untergeht, dass Konfliktparteien immer wieder an ihre Verpflichtungen aus dem Humanitären Völkerrecht erinnert werden und dass Menschen in Not geholfen werden kann. Jeder einzelne Mensch, den wir erreichen können, zählt.

Martina Schloffer ist beim Österreichischen Roten Kreuz im Bereich Internationale Zusammenarbeit tätig. Den vorliegenden Kommentar schrieb sie nicht als Mitarbeiterin des ÖRK, sondern der Beitrag bildet ihre persönliche Meinung ab.

26. 10. 2023 Friedensbewegung am Nationalfeiertag

links: Friedensbündnis ABFANG (Nähe Burgtheater)
oben: Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg (Ring/Bellaria)

Foto: archiv betrifft Frieden

GRETA THUNBERG UND IHRE SOLIDARITÄT MIT DEN MENSCHEN IN PALÄSTINA UND IN ISRAEL

Warum sich von Greta Thunberg distanzieren? Ist Kritik an der israelischen Kriegsführung erlaubt?

von KLAUS HEIDEGGER

Einige Greta-Kritiker und noch mehr einige der Medienmenschen, die Greta Thunberg nie mochten, weil sie nicht mochten, dass Menschen aufstehen gegen die Zerstörung des Klimas, diese Greta-Gegner bewerfen nun hämisch Greta Thunberg mit Vorwürfen, sie sei antisemitisch, weil sie auftritt mit einem Palästinensertuch und die Besatzung anspricht und von den Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem palästinensischen Volk erzählt. Man will ihr das Wort verbieten und das Mikro aus der Hand reißen, weil sie dürfe nicht aussprechen, was tatsächlich geschieht: Ein brutaler Vernichtungskrieg im Gaza, eine fortdauernde Besatzungspolitik und Enteignungen in der Westbank. Wer dieses Unrecht und fortdauernde Gewalttaten jedoch anspricht, ist nicht gegen das Existenzrecht Israels, sondern will – so wie die Mehrheit im Staat Israel, so wie die Mehrheit der Jüdinnen und Juden, so wie die Mehrheit des palästinensischen Volkes, eine Koexistenz zwischen Israel und dem palästinensischen Volk, will Frieden und nicht Krieg, hasst den Terror und strebt nach politischen Lösungen. Man verlangt von Fridays for Future, sich zu distanzieren von Greta, so als könnte man sich distanzieren vom unermesslichen Leid im Nahen Osten, so als hätte Greta Thunberg etwas Unredliches gesagt, so als wäre sie nicht, wie die Mehrheit der Menschen gegen den brutalen Terror der Hamas. Greta spricht aus, und sie tat es bereits lange bevor es nun die Mächtigen im Weltgeschehen bis hinauf zum Präsidenten der USA heute tun: Feuerpause! Waffenstillstand! Stopp der Bombardierungen ziviler Infrastruktur im Gaza! Das ist nicht antiisraelisch und noch weniger antisemitisch. Wer jede Kritik an der Netanjahu-Politik als antisemitisch diffamiert, verharmlost letztlich das, was unter Antisemitismus zu verstehen ist.

In der Art und Weise, wie Greta Thunberg ein naiver und unrechtmäßiger Antisemitismus unterstellt wird, wird im Großen seit den Massakern vom 7. Oktober vor allem in deutschen und österreichischen Landen und deren führenden Köpfen und Leitmedien jede kritische Positionierung gegenüber israelischer Staatspolitik als antiisraelisch oder antisemitisch gebrandmarkt. Auf höchster Ebene wird der UN-Generalsekretär diskreditiert und die Politik der Vereinten Nationen als anti-israelisch verunglimpft. Das neutrale Österreich stellt sich gegen eine Resolution der Vereinten Nationen, die einen sofortigen Waffenstillstand fordert. Im Bereich der christlichen Kirchen wird die Aktion „Weltgebetstag“ als antisemitisch bezeichnet, weil in den zugrundeliegenden Texten palästinensische Frauen Gebete für Frieden und Gerechtigkeit formuliert haben.

Die Staatsräson, wie sie in Deutschland und Österreich von der Staatsspitze und den regierenden Parteien seit den abscheulichen Terrorattacken zelebriert wird, sollte sich an den Menschenrechten orientieren, die in gleicher Weise für alle Menschen gelten.

Feuerpause jetzt! Waffenstillstand! Freilassung aller Geiseln! Stopp der Bombardements! Es ist schon zu viel an Zerstörung, an Morden geschehen. Es kann nur eine gemeinsame Lösung geben, in der israelische und palästinensische Menschen gemeinsam Schritte der Versöhnung suchen. Dazu braucht es die gegenseitige Anerkennung des Existenzrechtes. Die Friedensgleichung lautet: Es kann keine Sicherheit für Israel geben ohne die Sicherheit für die palästinensische Bevölkerung. Die Bombardierungen auf Gaza in den letzten Jahrzehnten haben die Hamas stärker gemacht und im Endeffekt die Sicherheit Israels gefährdet. Würde die Hamas ausgelöscht werden, könnte sich noch eine schrecklichere Terrororganisation bilden. Es macht keinen Sinn, in keiner Logik dieser Welt, dass das Töten von 10.000 Menschen – darunter 4000 Kinder – irgendeine Sicherheit bringen kann. Die effizienteste Selbstverteidigung Israels wäre es, gemeinsam mit dem palästinensischen Volk Friedenswege zu suchen. Man muss den Menschen in Gaza eine Perspektive bieten.

Es braucht einen Diskurs über die Zweistaatenlösung. Ist diese überhaupt noch praktikabel? Was soll mit den vielen jüdischen Siedlungen geschehen? Wo liegt die Perspektive für die zwei Millionen Menschen palästinensischen Ursprungs, die heute im Staat Israel Seite an Seite mit Jüdinnen und Juden leben? Könnten nicht beide Völker und Nationen in einem gemeinsamen Staat gemeinsam leben, der Sicherheit für Jüdinnen und Juden und zugleich für Palästinenserinnen und Palästinenser bietet. Da muss die Vorstellung aufgegeben werden, auf beiden Seiten, einen eigenen Staat nur für sich selbst zu haben. Zwei eigenständige Staaten bedeuteten neue Trennungen, neue Zäune, neue Vertreibungen. In diesen schrecklichen Tagen von Krieg und Zerstörung gilt heute nochmals mehr, die Vision von Frieden zu nähren und ein Nein zu jeder Gewalt! Nichts anderes sagte und meinte Greta Thunberg. Der Einsatz gegen die Zerstörung der Schöpfung durch die Erhitzung der Erde und das Engagement gegen Krieg und für den Frieden haben zutiefst miteinander zu tun. Kriege und militärische Maßnahmen tragen wesentlich zum Klimawandel bei.

Dr. Klaus Heidegger ist Präsident der Katholischen Aktion Tirol und Mitglied von Pax Christi, Landesgruppe Tirol. Den vorliegenden Beitrag erstellte er am 17.11.2023.

26. 10. 2023 Friedensbewegung am Nationalfeiertag

Solidarwerkstatt Linz in Wien am Ring/Maria Theresienplatz

Foto: archiv betrifft Frieden

KONFLIKT IM NAHEN OSTEN

Das deutsche Magazin *Der Spiegel* veröffentlicht ein Interview mit dem in Bethlehem lebenden lutherischen Pfarrer Mitri Raheb. betrifft frieden bringt zusammenfassende Auszüge aus diesem Gespräch.

Quelle: SPIEGEL-Online vom 29.10.2023

Seit dem brutalen Massaker der Hamas vor drei Wochen hat Israel den Gazastreifen komplett abgeriegelt und bombardiert das Gebiet täglich. Während die Spannungen zwischen Palästinensern und Israelis eskalieren, nehmen auch Spannungen zwischen Juden und Muslimen zu. Im Gazastreifen lebt eine christliche Minderheit.

Der palästinensische Pastor Mitri Raheb aus Bethlehem setzt sich seit Jahren für den Frieden ein. Im Interview spricht er über seine Glaubensbrüder im Gazastreifen und die Situation in Bethlehem, das die israelische Besatzungsmacht ebenfalls abgeriegelt hat.

….

SPIEGEL: Haben Sie Kollegen in der von Ihnen gegründeten Dar-al Kalima- Universität (Bethlehem und Gaza) verloren?

Raheb: Einer unserer Volontäre, Mohammed Sami Qraiqeh, war letzte Woche im Al-Ahli-Krankenhaus und hat dort Kinder betreut, die total verängstigt waren. Er hat mit ihnen Friedenslieder gesungen, um sie abzulenken. Er ist beim Beschuss dieses Krankenhauses ums Leben gekommen. Ein junger Mann, der das ganze Leben noch vor sich hatte. Wir haben auch mehrere Künstler in Gaza verloren. Heba Zagout zum Beispiel, die mit uns eine Ausstellung gemacht hat. Sie wurde mit ihrer ganzen Familie von acht Leuten bei der Bombardierung ihres Hauses getötet. Von vielen Studenten wissen wir nicht, wo sie sind und ob sie noch leben. Wie Sie wissen, gibt es kaum Strom, die Kommunikation ist schwierig.

SPIEGEL: Wie steht es um Ihr Institut?

Raheb: Wir wissen noch nicht, ob es noch steht. Es befindet sich neben dem Al-Shifa-Krankenhaus, dessen unmittelbare Umgebung schon mehrfach bombardiert wurde. Aber es ist schwierig, jemanden hinzuschicken, um nachzuschauen. Das kann lebensgefährlich sein, und wir wollen niemanden in noch größere Gefahr bringen.

SPIEGEL: Sie haben auch Kontakt zu den christlichen Gemeinden im Gazastreifen. Was hören Sie von ihnen?

Raheb: Es sind weniger als tausend Christen, die heute noch im Gazastreifen leben. Sie teilen sich auf in zwei Kirchgemeinden, die griechisch-orthodoxe und die römisch-katholische Gemeinde. Vergangene Woche sind bei der Bombardierung der griechisch-orthodoxen Sankt-Porphyrius-Kirche 20 Personen getötet und 14 verletzt worden. Zwei jung verheiratete Schwestern waren unter den Todesopfern, und unter den Verletzten eine alte Frau, die sich die Hüfte gebrochen hat. Sie wurde ohne Betäubungsmittel operiert. Es fehlt ja an allem.

….

SPIEGEL: Und wie ist jetzt die Lage bei Ihnen in Bethlehem?

Raheb: Bethlehem ist auch total von den anderen Städten des Westjordanlands abgeschnitten. Die israelische Armee hat alle Städte abgeriegelt. Jeden Abend dringen israelische Soldaten in die Häuser ein und verhaften Leute. Sie sagen, es seien Hamas-Anhänger. Aber nicht nur. Für Bethlehem ist die Situation wirtschaftlich katastrophal, die Stadt lebt zu 70 Prozent vom Tourismus. Das heißt, die Leute haben jetzt kein Einkommen mehr. Und dann sind da die Attacken der Siedler, gerade jetzt ist Olivenernte, und dann greifen sie immer an. Jetzt haben sie auch noch Waffen bekommen. Niemand zieht sie zur Rechenschaft.

SPIEGEL: Was ist Ihre größte Sorge?

Raheb: Sie gilt erstens den Menschen im Gazastreifen, den unschuldigen Zivilisten. Zweitens haben wir Angst davor, dass Israel diesen Krieg nutzen will, um die Palästinenser aus dem Gazastreifen nach Ägypten zu vertreiben. Und es sitzen Minister in der jetzigen, rechtsradikalen Regierung, die auch die Palästinenser im Westjordanland vor die Wahl stellen wollen: Wir sollen als Menschen zweiter Klasse leben

oder auswandern – oder sie werden uns erledigen. Und ich frage mich, was mit den Kindern von Gaza geschieht, die täglich bombardiert werden, die schon mehrere Kriege erlebt haben. Ich habe Angst, dass der Hass weiterwächst. Aber ich habe auch Hoffnung.

SPIEGEL: Worauf hoffen Sie?

Raheb: Ich hoffe, dass es endlich einen Weckruf gibt: Hier wird keine Ruhe einkehren, solange die beiden Völker, Palästinenser und Israelis, nicht in Gleichberechtigung und Frieden leben. Sei es in einem Staat oder in zwei Staaten. Ich hoffe, dass die Politiker das noch rechtzeitig begreifen, denn im Moment sehe ich gerade auch in Deutschland und in Europa dieselbe Irrationalität und Blindheit, die auf die Terrorangriffe des 11.September 2001 folgten.

SPIEGEL: In Israel vergleichen viele die Massaker der Hamas mit dem 11. September, es ist ein tiefer Schock für die israelische Gesellschaft und hat bei Israelis und Judem im Ausland alte Traumata geweckt. Wie haben Sie darauf reagiert?

Raheb: Der Vergleich hinkt. …. Und ich war entsetzt über die zivilen Opfer. Ich kann den Schmerz der Angehörigen nachfühlen. Ich lehne es strikt ab, dass Zivilisten ins Visier genommen werden, egal auf welcher Seite. Das humanitäre Völkerrecht muss für alle gelten. Was mich aber gerade jetzt in Deutschland empört, ist, dass viele überhaupt kein Mitgefühl für die Tausenden zivilen palästinensischen Opfer im Gazastreifen haben, als ob wir keine Menschen wären oder als ob unsere Leben weniger wert wären.

SPIEGEL: Sie haben immer gefordert, dass Israelis und Palästinenser friedlich nebeneinander leben sollen, in Würde und mit gleichen Rechten. Jetzt scheint die Gewalt kaum mehr zu stoppen – fühlen Sie sich manchmal auch hoffnungslos?

Raheb: Für mich ist Hoffnung, was wir tun, nicht, was um uns geschieht. Gerade jetzt ist es an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft das tut, was sie in den vergangenen 20 Jahren versäumt hat, nämlich einen gerechten Frieden für diesen Konflikt zu finden. Ich hoffe, dass die Welt jetzt endlich versteht, dass diese Besatzung enden muss. Wenn die Amerikaner oder Deutschland weiterhin Israel nur mit Waffen beliefern, sterben am Ende Menschen auf beiden Seiten, und jeder getötete Israeli,jeder getötete Palästinenser ist einer zu viel. Es ist endlich Zeit für Vernunft und für Frieden.

Impressum:
MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42
In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Klaus Heidegger, Mitri Raheb, Manfred Sauer, Martina Schloffer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
Österreichische Post AG
BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5/2023 P.b.b. MZ 20Z041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42